

Antrag

der Fraktion der AfD

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Für unsere Heimat Rheinland-Pfalz – Wirtschaft nachhaltig stärken – Digitalisierung vorantreiben, Energieagentur abwickeln

Der Landtag stellt fest:

Das Ziel der Bundesregierung und der Landesregierung für Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz, bis Ende 2018 eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen sicherzustellen, ist gescheitert. 19 Prozent der Haushalte haben noch keinen Zugang zu 50-Mbit-Internetanschlüssen, 33 Prozent noch keinen Zugang zu 100-Mbit-Anschlüssen. Viele Firmen, Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Institutionen sind ebenfalls unterversorgt.

Das Digitalisierungsniveau der rheinland-pfälzischen Unternehmen ist laut des vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Monitoring-Reports unterdurchschnittlich, das Digitalisierungstempo verhalten. Das größte Defizit besteht im Mittelstand.

Von den Branchen gelten vor allem das verarbeitende Gewerbe und das Gesundheitswesen als niedrig digitalisiert. Auf dem diesjährigen Welttourismustag am 27. September 2018 der UNWTO wurde festgehalten, dass „die Digitalisierung mit enormem Tempo die Rahmenbedingungen für touristische Akteure verändert und zur Disruption von Aufgaben und Strukturen führt“. Der Weiterbildungsbedarf ist in allen Branchen sehr groß.

Die neuen digitalen Technologien sind die Schlüssel, um die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu stärken. Doch den Herausforderungen begegnet die Landesregierung bisher mit einer unzureichenden Digitalstrategie, die nicht dazu geeignet ist, die Kräfte zu bündeln.

Die Digitalisierung ist aber nicht nur eine finanzielle Herausforderung, sondern auch ein Problem fehlender Umsetzungskapazitäten und mangelnder Organisation. Dies zeigt sich vor allem an den nicht abgerufenen Mitteln für den Breitbandausbau. Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Rheinland-Pfalz erhielten zwar seit 2015 von Bund und Land Förderzusagen für den Breitbandausbau in Höhe von 219,6 Millionen Euro, waren bisher aber nur in der Lage, davon 37,8 Millionen Euro oder 17 Prozent abzurufen.

Die Kompetenzzentren an den Hochschulen zur Digitalisierung des Mittelstandes haben ebenfalls die Grenzen ihrer Kapazität erreicht.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf:

- Um die große Herausforderung des digitalen Wandels erfolgreich zu gestalten, wird eine Enquete-Kommission eingesetzt.
- Das Land Rheinland-Pfalz richtet eine Digitalagentur mit Zentrale in Kaiserslautern ein.
- Der Aufbau soll bis 2021 abgeschlossen sein, danach können die Mittel aus dem Landeshaushalt für die Digitalagentur sukzessive abgeschmolzen werden bis sich die Digitalagentur voll aus Aufträgen finanziert.
- Die Digitalagentur wird den Mittelstand, die Kommunen und die Landesinstitutionen kompetent beraten.
- Die Digitalagentur wird die verschiedenen Akteure in der Wirtschaft, in der Politik und in der Verwaltung vernetzen.
- Die Digitalagentur wird privatwirtschaftliche und öffentliche Forschungsprojekte koordinieren und unterstützend begleiten.
- Die Digitalagentur wird Weiterbildungsangebote unterstützen, die auf Mitarbeiter des Mittelstandes, der Kommunen und der Landesinstitutionen zielen.
- Die Energieagentur als Institutionalisierung einer ideologisch motivierten Energiepolitik wird abgewickelt.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger